

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Bonn - Paris - London und die EWG

43

Solange noch eine Chance besteht

2

Was zählt

44

Die Arbeitnehmer und die SPD

Von Günther Petersen

3

Der Ostpolitik Schaden zugefügt

45

Reinefarth - früher SS-General, heute Anwalt

FRAU UND GESellschaft bringt heute:

Deutscher werden ist schwer
- Einbürgerungsrecht wird von der SPD
überprüft -

Frauen sprechen mit im Wohnungsbau
Von Margarete Brecht

* *

*

Bonn - Paris - London und die EWG

Solange noch eine Chance besteht...

sp - Es steht nicht gut um Europa. Mangelt es ihm an der Kraft und an der Fähigkeit zu sich selbst zu finden? Großbritannien und andere Länder klopfen an die Tür der EWG, aber sie ist noch verschlossen, obwohl das Beitritts-gesuch Englands nicht abgelehnt wurde; es bleibt auf der Tagesordnung der Gemeinschaft.

Die Briten, ungeduldig geworden, geben ihre Versuche nicht auf, sie bleiben hartnäckig und versuchen es nun auf Umwegen, indem sie fünf Ländern der EWG eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologie, der Rüstungsproduktion, des Gesellschafts- und Patentrechts anbieten. Diesen Weg zu beschreiten heißt, die immerhin recht und schlecht funktionierende Gemeinschaft der inneren Erosion auszusetzen. Denn Frankreich würde ein Sonderverhalten der Fünf als Briskierung empfinden. Das wäre eine Politik, die keinen Boden unter den Füßen hat.

Die Position der Bundesrepublik ist klar: Die Interessen unseres Landes erfordern den Beitritt Großbritanniens zur EWG und die Aufgeschlossenheit der Gemeinschaft für alle anderen beitragswilligen Länder. In der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 hat diese Bereitschaft der Bundesrepublik ihren Niederschlag gefunden; hier gibt und gab es kein Abweichen. Doch zu beachten bleibt: Gewiß hat das, was die Bundesregierung für wünschenswert und notwendig hält sein Gewicht. Doch entscheidend ist und bleibt, was die EWG als Ganzes will und erreichen kann. Eine Art von Sonderbündelei von fünf Mitgliedern, die sich gegen ein sechstes Mitglied richtet, müßte die Gemeinschaft lähmen. Bei den Verhandlungen innerhalb der EWG geht es oft kämpferisch zu. Gegensätze stoßen hart aufeinander. Der bisher immer erzielte Kompromiß war das Ergebnis zähen Ringens. Der Wille zur Zusammenarbeit und die gemeinsame Interessenlage gaben immer den Ausschlag und sicherten der EWG den inneren Zusammenhalt. Soll dieser aufs Spiel gesetzt werden? Ein Auseinanderfallen der EWG würde dann bei allen Beteiligten zu einem schrecklichen, in seinen Folgen nicht zu überschätzenden Aderlaß führen.

Solange noch die geringste Chance besteht, muß versucht werden, das dornige Problem des Beitritts Großbritanniens zur EWG im Einvernehmen aller sechs Mitgliedstaaten, also auch Frankreichs, zu lösen. Dieses Bemühen ist des Schweißes der Edlen wert. Beherrlichkeit führt in der Regel zum Ziel, nicht Ungeduld und zorniger Trotz. Die EWG als kostbarste Errungenschaft der Nachkriegszeit kann und darf sich nicht in einzelne Teile aufspalten. Geschehe dies, wäre Großbritannien bestirmt nicht geholfen und über ganz Europa brächen dunkle Zeiten an. Das kann, wer vernünftigen Sinnes ist und seinen Blick ungetrübt behält, niemand wollen. Weder die, die innerhalb der EWG sind, noch jene, die Einlaß begehrend vor ihrer Tür stehen.

Was zählt

Die Arbeitnehmer und die SPD

Von Günther Petersen

- Für die Arbeitnehmer Baden-Württembergs dürfte es bei kommenden Wahlen nicht schwer sein, sich politisch richtig zu entscheiden. Die Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft haben erst jüngst ein Beispiel dafür erhalten, wie sich die SPD für die Forderungen der Bauarbeitergewerkschaft stark macht: Die Bundestagsfraktion der SPD hat sich für eine Erhöhung des Schlechtwettergeldes eingesetzt. Daraufhin hat das Parlament diese Erhöhung beschlossen. Ab 1. Januar wird zum Schlechtwettergeld für jede Ausfallstunde im Baugewerbe ein Zuschlag von 5 Prozent des Stundenlohns für Maurer in der Ortsklasse 1 (Ecklohn) gezahlt. Bei dem zur Zeit gültigen Bundesecklohn von DM 4,60 beträgt der fünfprozentige Zuschlag 23 Pfennig. Diese 23 Pfennig erhalten alle Schlechtwettergeldempfänger unabhängig von der Höhe ihres tatsächlich verdienten Stundenlohns und unabhängig von der Ortsklassenanteile.

Gerade jetzt, in der Schlechtwetterzeit, kommt diesem Vorgang auch in Baden-Württemberg beträchtliche Bedeutung zu. Die IG Bau fordert die ganzjährige Beschäftigung in der Bauwirtschaft. Sie fordert Winterbau. Winterbau sichert neben dem wirtschaftlichen und technischen auch den sozialen Fortschritt. Erich Emmereich, sozialdemokratischer Abgeordneter des baden-württembergischen Landtages, - er ist zugleich Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden in Baden-Württemberg - hat sich für den Winterbau ebenso eingesetzt wie für die neue Schlechtwettergeldregelung, die den Bauarbeitern so Vorteile bringt. Er hat schon im vorigen Winter im Stuttgarter Landesparlament zusätzliche Winterbaumaßnahmen im Lande durchgesetzt. Seinem unermüdlichen parlamentarischen Wirken ist es zu verdanken, wenn zahlreiche Bauarbeiterfamilien heute auch im Winter ein angemessenes Einkommen haben.

Aber nicht nur die Bauarbeiter, sondern auch zahlreiche Angestellte, die in der IG Bau-Steine-Erden gewerkschaftlich organisiert sind, wissen Emmereichs Arbeit zu schätzen. Der Winter hinterläßt seine Spuren nicht nur auf den Baustellen, sondern auch in den Büros der Bauwirtschaft. Auch die Angestellten spüren es, wenn die Auftragsdecke dünner wird, weil mancher Amtsschimmel in der Vergabebürokratie der öffentlichen Hand immer noch - und völlig zu unrecht - meint, Bauaufträge könne man nicht vergeben, wenn es kalt ist.

KdL Emmereich hat unentwegt mitgeholfen, solche Vorurteile abzubauen. Sein Wort gilt in Stuttgart ebenso viel wie in Erzingen oder Alingen, wo er herkommt. Man weiß: die IG Bau sichert den sozialen Fortschritt, sie tritt für die Rechte der Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft ein, sie sorgt für Sicherung der Arbeitsplätze, sie verhindert die Stilllegung großer Bauvorhaben, weil ihre Winterbauvorschläge modern und fortschrittlich und ihre Forderungen in der Schlechtwetterzeit erfüllbar sind.

Der Ostpolitik Schaden zugefügt

Reinefarth - früher SS-General, heute Anwalt

X-Mit Unbehagen wird in Kiel registriert, wie die Erste Große Strafkammer und die politische Führungsspitze in Schleswig-Holstein den Fall Reinefarth "bewältigt" hat. Für das polnische Volk ist Reinefarth ein Symbol für alle jene Deutschen, die Polen einmal "ausradieren" und die Bevölkerung "liquidieren" wollten. Alles, was über Reinefarth in deutschen Zeitungen als kurze Notiz erscheint, führt in Polen zu umfassenden Pressekampagnen und zu scharfen Angriffen gegen die Bundesrepublik. In die Beziehungen zwischen Bonn und Warschau wird man stets auch den "Fall Reinefarth" einbeziehen müssen.

Deshalb ist es bitter, wenn der schleswig-holsteinische Justizminister Gerhard Gaul (CDU) Reinefarth jetzt wieder als Rechtsanwalt beim Landgericht Flensburg und beim Amtsgericht Westerland zugelassen hat. Schließlich stand Reinefarth seit 1957 unter der Anschuldigung, er habe namentlich am 5. August 1944 mehrere tausend am Aufstand und Kampf unbeteiligte wehrlose polnische Männer, Frauen und Kinder durch die Erteilung oder Weitergabe von Befehlen umbringen lassen. Das war damals bei der Niederschlagung des nationalpolnischen Aufstandes in Warschau-Wola.

Reinefarth hatte seinen Befehlsstand in einem Omnibus mitten im Aufstandsgebiet aufgeschlagen. Um ihn herum fand ein grauenhaftes Gemetzel statt, in das auch die Zivilisten völkerrechtswidrig hineingezogen worden sind. Es gelang den Flensburger Staatsanwälten aber nicht, dem Juristen Reinefarth nachzuweisen, daß er für derartige strafbare Handlungen verantwortlich, sich der Rechtswidrigkeit bewußt oder ihm eine Schuld bewußt war. So wurde er im letzten Herbst mangels Beweises außer Verfolgung gesetzt und dem Staat die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Jetzt darf Reinefarth als Anwalt wieder an jenem Landgericht verteidigen, dessen Erste Große Strafkammer ihn außer Verfolgung setzte. Man kennt das Unbehagen in der ganzen Bundesrepublik spätestens seit dem Heyde/Savade-Skandal vor allem über gewisse Rechtspraktiken im Raum Schleswig und Flensburg. Man kann nicht glücklich darüber sein, daß Reinefarth jetzt hier tätig ist auch wenn man ihm formal die Zulassung als Anwalt wohl nicht verweigern konnte.

Es wäre gut gewesen, wenn dieser Mann, der das Glück hatte, mit dem Leben davon zu kommen, nach 1945 sich irgendwo im Lande still zur Ruhe gesetzt hätte. Er war ein Überzeugter und fanatischer Nationalsozialist und schließlich auch SS-General. Die Schriften aus dem Dritten Reich geben davon überzeugende Beweise. Reinefarth hätte niemals das Amt eines Bürgermeisters, Landtagsabgeordneter und Rechtsanwalts begehren dürfen, denn seine Altersversorgung war gesichert. Durch sein Verhalten hat er der deutschen Politik gegenüber dem Osten auch nach 1945 großen Schaden zugefügt.